















Aufruf der Hamburger Initiative gegen Rüstungsexporte zum Hamburger Ostermarsch:

Hinaus auf die Straße zum Ostermarsch – Demonstration und Kundgebung am 01.04.2024!

Mit der Charta der Vereinten Nationen hat sich die Weltgemeinschaft 1945 nach zwei zerstörerischen Weltkriegen ein weitreichendes Entwicklungsprogramm für eine internationale Weltfriedensordnung gegeben: Die Völker weltweit sollten endlich ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen und in gleichberechtigter Zusammenarbeit für die Humanisierung der Welt nach tiefster Barbarei wirken. Zur Lösung der großen Herausforderungen unserer Zeit in einer hochentwickelten hochglobalisierten Welt bedarf es erst recht der vollumfänglichen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Kooperation.

Gegen diese folgenreiche Erkenntnis richtet sich die Abschottungs- und Aufrüstungspolitik von BRD und EU. Der verzweifelte Versuch der NATO-Staaten, die alte Weltordnung internationaler Ausbeutung mittels Wirtschaftskriegen, militärischer Interventionen und brutaler Angriffskriege aufrechtzuerhalten, ist perspektivlos und zynisch. Das schafft keine Sicherheit, sondern produziert nur mehr Gewalt. Die Verteidigung der „westlichen Werte“ in einem verheerenden Abnutzungskrieg in der Ukraine und dem brutalen Völkermord in Gaza hält die gesamte Menschheit in unproduktiver Unterentwicklung gefangen, um sprudelnde Profite für einige Wenige zu garantieren. Die Welt braucht Völkerverständigung statt emotionalisierter Kriegshetze, diplomatische Initiativen statt Waffenlieferungen, ein aufgeklärtes Menschenbild statt ständig geschürter Feindbilder sowie Abrüstung statt Investitionen in milliarden-schwere Geschenke für die Rüstungsindustrie. Zur produktiven Nutzung der geschaffenen kulturellen und materiellen Möglichkeiten für eine andauernde friedliche und gerechte Entwicklung

Sozialausgaben statt Rüstungsausgaben			
	„Militärausgaben 2024“ (NATO-2%-Ziel): 86 Mrd. €	„Sozialausgaben 2024“ für Bildung, Gesundheit, Entwicklung, Wirtschaft & Klima, Wohnen, Auswärtiges und Umwelt: 76 Mrd. €	
	35 F35-Kampffjets: 8,3 Mrd. €	Den Krankenhäusern fehlen jedes Jahr für dringende Investitionen: 3,7 Mrd. €	
	Eine Flugstunde des Kampffjets EUROFIGHTER: 67.852 €	Der Bau einer Sozialwohnung: 60.000 €	
	„Sondervermögen“ geplant für Kampfschiffe und Landstreitkräfte: 35,9 Mrd. €	Jährliche Kosten für 1.000 € mtl. BAföG für alle Studierenden in Deutschland: 35 Mrd. €	
	Kosten für das Luftwaffenprojekt FCAS bis 2050: 500 Mrd. €	Zusätzliche Ausgaben um den Welthunger bis 2030 zu beenden: 221 Mrd. € pro Jahr	
	Weltweite militärische Ausgaben (2022): 2,2 Bio. €	Klimakrise stoppen: 840 Mrd. €	

Zum Nachlesen und für Quellen: www.ziviler-hafen.de

bedarf es des Engagements der Friedensbewegten in Schulen, Universitäten, Betrieben, Gewerkschaften, Kirchen, Redaktionen, Kulturorten, auf der Straße und im Alltag mehr denn je.

Bitte wenden 

Montag, 1. April 2024,
12:30 Uhr: Auftaktkundgebung, Piazzetta Ralph Giordano, Bahnhof Barmbek
13:30 Uhr: Start des Demonstrationzugs
15:00 Uhr: Abschlusskundgebung Barmbeker Straße, Höhe Goldbekkanal

Die südafrikanische Klage gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof der UN ist Teil des notwendigen weltweiten Aufbruchs für Frieden, internationale Solidarität und gemeinsame Entwicklung. Diese Ansprüche vollumfänglich zu realisieren, steht heute umso drängender auf der Tagesordnung.

Dabei kommt es auf uns alle an. Seit den 1960er Jahren gehen jedes Jahr an Ostern überall in der BRD die Menschen auf die Straße, um gegen Remilitarisierung, (atomare) Aufrüstung und Abschreckungsdoktrin für die Schaffung einer Weltfriedensordnung zu demonstrieren. In diesem Sinne: **Heraus auf die Straße zum Ostermarsch!**

Gemeinsam kämpfen wir für:

- ▶ Einen sofortigen Waffenstillstand in Gaza und echte Friedensverhandlungen
- ▶ Den sofortigen Stopp der Waffenexporte in die Ukraine und Beendigung der Sanktionen – zur Beendigung des Krieges braucht es diplomatische Initiativen
- ▶ Den Stopp aller Rüstungsexporte besonders in Kriegs- und Krisengebiete
- ▶ Verhandlungen für (nukleare) Abrüstung und den Beitritt der BRD zum Atomwaffenverbotsvertrag der UN
- ▶ Die Wiederherstellung des Rechts auf Asyl statt weiterer Abschottung der Europäischen Union
- ▶ Asyl für alle Kriegsdienstverweigerer und Deserteure
- ▶ Öffentliche Investitionen in zivile Entwicklung (Bildung, Soziales, Gesundheit, Wissenschaft, Kultur) statt Militärhaushalt
- ▶ Den sofortigen Stopp der NATO-Übung „Steadfast Defender“ als Teil weiterer Feindbildung und Militarisierung
- ▶ Den Aufbau internationaler Partnerschaften sowie Wiederbelebung der Städtekooperation von Hamburg mit St. Petersburg

Unterstützer:innen:

